Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 8. Freitag den 8. Januar 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Im Monat December 1885 erlangten das hiesige **Bürgerrecht:**

Teutschbein, Gottfried Ledrecht Wilhelm, Tischlermeister und Hausbesitzer.
Friedel, Julius Adolf, Kattunhändler.
Fuhrmann, Mathias, Schneider.
Groß, Theodor Ottomar, Tischler und Glaser.
Günther, Carl Friedrich Wilhelm, Reisender.
Gutmacher, Heinrich Otto, Kaufmann.
Hahn, Heinrich Armin, Schuhmann.
Hesse, Friedrich August Max, Buchhändler u. Buchdruckereibesitzer.
Illing, Carl Emil, Lehrer.
Kreutz, Franz Louis, Hausmann.
Landauer, Isaak Julius, Kaufmann.
Lewy, Simon, Kaufmann.
Ludwig, Carl Gustav, Kaufmann.
Metzger, Franz Josef Anton, Kaufmann.
Mietzler, Louis Bernhard, Schankwirth.
Neubert, Carl Gotthold, Böttchermeister.
Polter, Hans, Kaufmann.
Pötsch, Theodor Carl Gustav, Kaufmann.
Reiprich, Carl Gustav Theodor, Kaufmann.
Röthinger, Hermann Oscar, Tapezierer.
Schmidt, Johannes Ferdinand, Dr. jur. und Stadtrath.
Schürer, Friedrich Hermann, Bäcker.
Thomas, Alexander Eduard Bruno, Firmenschreiber.
Winkelmann, Heinrich Rudolf, Kaufmann.

Bekanntmachung.

Nach §. 6 der ortsstatutarischen Bestimmungen über den **Schulausschuß** der Stadt Leipzig haben in letzteren alljährlich **4 ständige Schulmänner, unter denen mindestens 2 Directoren sein müssen,** neu einzutreten und es sind diese 4 Mitglieder von den Directoren und sämmtlichen ständigen Lehrern und Lehrerinnen der hiesigen städtischen Volksschulen zu erwählen.

Indem wir hiermit die Wahl für das Jahr 1886 auf
Sonnabend, den 16. dieses Monats,
Nachmittags von 3 bis 6 Uhr
anberaumen, ersuchen wir die Herren Directoren und ständigen Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen städtischen Volksschulen, die Stimmzettel in der genannten Zeit **im Saale der I. Bürgerschule persönlich** abzugeben.

Leipzig, am 5. Januar 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Vanitz. Lehnert.

Höhere Schule für Mädchen.

Neue Schülerinnen für Ostern 1886 bitte ich mir von Dienstag den 12. bis Sonnabend den 16. Januar von 11—12 Uhr Morgens anzumelden. Geburtsschein und Impfschein sind bei der Anmeldung vorzulegen.

Leipzig, den 7. Januar 1886.

Prof. Dr. **W. Nöldeke**, Director.

Nichtamtlicher Theil.

Das neue französische Cabinet.

Gleichviel aus welchen Personen das neue Ministerium Freycinet bestehen wird, sein Programm steht fest. Es lautet: Herstellung des Gleichgewichts im Budget, gründliche Säuberung des Verwaltungspersonals und Ersparnisse in der Colonialverwaltung. Das sind Worte, nichts als Worte, und das Wesentliche daran ist, daß mit dem neuen Cabinet kein neues System ins Leben tritt, sondern, daß nur andere Personen die bisherige Wirthschaft weiter führen werden. Welches französische Ministerium wäre ohne diese drei Programmpuncte ins Amt getreten? Die Herstellung des Gleichgewichts in den Einnahmen und Ausgaben des Staats wird so lange angestrebt, als die Republik besteht, und dennoch ist das Deficit von Jahr zu Jahr gewachsen. Armee, Bauten und kostspielige überseeische Unternehmungen verschlingen so große Summen, daß darunter schließlich der Wohlstand des reichen Landes leiden muß. Die Pariser verlieren darüber ihre sprichwörtlich gute Laune und werden aus einem leichtsinnigen Phäakenvolke zu Philistern und melancholischen Duckmäusern. Mit dem ewigen Geschrei nach Revanche und den Klagen über die Kosten und Verluste, welche die Expedition in Tonkin bereitet, kann man freilich zu keinem fröhlichen und harmlosen Lebensgenuß kommen, zumal wenn die Steuern immer höher werden. Das soll in Zukunft anders werden, man weiß nur noch nicht, wie es anzufangen ist. Vorläufig werden die Kosten für die Armee und die Colonien sich noch vergrößern, statt sich zu verringern. Um in Zukunft die Mobilmachung der Armee durch Colonialkriege nicht zu gefährden, wird eine besondere Colonialarmee organisirt, oder mit anderen Worten, die Armee um so viel vermehrt, als die Colonialarmee an Truppenzahl beträgt. Als Ziel ist in Aussicht genommen, daß die Colonialtruppen aus Eingeborenen der Länder bestehen sollen, in welchen sie Verwendung finden, und nur von französischen Officieren und Unterofficieren organisirt werden. Wenn die Organisation fertig ist, wird sie freilich billiger sein, als wenn die erforderlichen Truppen aus Frankreich nach ihrem Bestimmungsort verschifft werden müssen, aber es wird noch manches Jahr dauern, bis das geschehen ist. In Tonkin beispielsweise, wo man die beste Gelegenheit gehabt hätte, eingeborene Truppen zu schulen und zu verwenden, ist man damit noch in den Anfängen begriffen, so schön auch die Zukunftsträume sein mögen, welche General Brière dem Ausschuß für den Tonkincredit vorgegaukelt hat. In Cochinchina, wo Frankreich bereits unter Napoleon III. Fuß gefaßt hatte, nehmen die Empörungen noch immer kein Ende, und wenn das so fortgeht, so kann es dahin kommen, daß die Franzosen auch diesen unfruchtbaren Besitz wieder aufgeben müssen.

Das Testament, welches Brisson dem neuen Cabinet hinterlassen hat, ist die Errichtung eines besonderen Ministeriums für die Colonien. Bisher bildeten die Colonien eine Abtheilung des Marineministeriums, weil es weniger auf die Verwaltung der Colonien als auf die Kämpfe ankam, welche zu deren Erhaltung nothwendig waren. Die Trennung der Colonien von der Marine hat gewiß ihre zweckmäßige Seite, aber Neugestaltungen des Verwaltungsorganismus kosten Geld, und außerdem sind damit Zuständigkeitsstreitigkeiten verbunden, welche bei dem Volkscharakter der Franzosen doppelt schwer ins Gewicht fallen. Der Marineminister Galiber gab sofort seine Entlassung, als er von diesem Plan hörte, und dieser hat Gelegenheit gehabt, die Vorzüge und Schwächen des bisherigen Systems sowohl an der Centralstelle, als auch in den Colonien selbst kennen zu lernen, denn er commandirte das Geschwader vor Madagaskar, bevor er das Marineministerium übernahm. Als eine unvermeidliche Folge der neuen Einrichtung wird sich zunächst die Vergrößerung der Verwirrung in Tonkin ergeben. Der Kriegsminister Campenon weigert sich, General Courcy aus Tonkin abzuberufen, weil er aus Erfahrung weiß, daß durch einen neuen Oberbefehlshaber dort nichts gebessert werden kann. Den Schwierigkeiten in Tonkin ist überhaupt kein General gewachsen, weil er dort nicht sowohl Feinde, als Klima und örtliche Schwierigkeiten zu bekämpfen hat. Aber Freycinet glaubt mit den alten Mitteln eines neuen Aufputzes am leichtesten über die Verlegenheiten der Gegenwart hinwegkommen. Daraus macht er sich wohl kein Hehl, daß sein Ministerium nur ein Uebergangsministerium sein wird, welchem ein Ministerium Clemenceau oder irgend ein unbekanntes Etwas folgen muß, was noch im Zeitenschoße ruht. Ein Systemwechsel ist für ein opportunistisches Cabinet eine Unmöglichkeit, weil dann das Parteiprogramm von Grund aus umgestaltet werden müßte. Freycinet muß ludiren oder das Feld Clemenceau räumen, und für diesen ist die Zeit noch nicht reif, das sieht er selbst ein. Trennung der Kirche vom Staat fordert Clemenceau als unerläßliche Bedingung, wenn er das neue Cabinet unterstützen soll. Daß dieser Programmpunct unter den bestehenden Verhältnissen nicht durchzuführen ist, haben die Erfahrungen gelehrt, welche Paul Bert als Cultusminister unter Gambetta gemacht hat. Freycinet wird schließlich irgend eine Abschlagszahlung bieten müssen, um die Radicalen zufriedenzustellen.

Der dritte Programmpunct des neuen Cabinets ist die gründliche Säuberung des Beamtenpersonals. An dieser Säuberung wird nun schon seit 15 Jahren mit sehr geringem Erfolge gearbeitet, weil ein so monarchisch gearbeitetes Staatswesen wie Frankreich sich nicht plötzlich decentralisiren und in eine Föderativrepublik verwandeln läßt. Der radicale Brisson hatte steif und fest geglaubt, daß er sich auf seine Präfecten verlassen könne; aber als der 4. October kam, da zeigte es sich, daß ein großer Theil derselben der Monarchie ergeben sei. Das liegt wahrscheinlich weniger an den Personen als an den Einrichtungen. Wenn ein Republikaner vom reinsten Wasser Präfect wird, dann geht ihm selbst bald unbewußt mit ihm noch und noch eine Verärgerung vor, weil er erkennen lernt, daß ein Verwaltungsorganismus mit ewig wachsender Spitze nothwendig zuletzt den Dienst versagen muß. Der Präfect kann seinen Willen nicht ohne Weiteres an die Stelle der bestehenden Verhältnisse setzen, er ist an das Verwaltungspersonal gebunden, welches er vorfindet, er muß mit den Maires der Städte und Dörfer rechnen, welche zu seinem Departement gehören, und diese sind wiederum von der Bevölkerung abhängig, welche sie vertreten. Da ist es leichter gesagt, das Wahlergebniß in dem oder jenem Sinne zu gestalten, als gethan. Ein energischer Präfect wird immerhin seinen Willen bis zu einem gewissen Grade zur Geltung bringen können, aber der Wille selbst erlahmt, wenn er überall Widerstand findet. Und ist denn nicht Wahlbeeinflussung die schlimmste Tyrannei? Wie schrieen die Republikaner in der Kammer, als die Geistlichkeit in einigen Departements die Wahlen beeinflußt hatte! Die Vernichtung der Wahlen war die Antwort. Aber gerade in solchen Departements wurden die Monarchisten wiedergewählt, also hatte der Präfect mit allem seinem Einfluß die ihm entgegenwirkenden Kräfte nicht unwirksam machen können. Die Sache liegt im Wahrheit so: Wenn der Präfect die Wahlen im republikanischen Sinne beeinflußt, ja wenn er sich der schärfsten und ungerechtesten Mittel bedient, um politische Gesinnungsgenossen in die Kammer zu bringen, dann erwirbt er sich den Dank der Regierung und der Parteifreunde in der Kammer; wenn er das nicht thut, so ist er zur Absetzung reif. Das ist doch aber alles Andere, nur nicht politische Freiheit! Die Republikaner sind die schlimmsten Despoten den Monarchisten gegenüber, und doch wundern sie sich, wenn die Geistlichkeit ihre Macht zu Gunsten der Gegenpartei verwerthet. An diesem inneren Widerspruch wird nicht nur das Ministerium Freycinet, sondern noch manches nachfolgende die Grenze seiner Thätigkeit finden.

Leipzig, 8. Januar 1886.

* **Der Stadtrath von Karlsruhe hatte Se. königl. Hoheit den Großherzog von Baden** telegraphisch gebeten, **dem Kaiser** die Glückwünsche der Stadt **Karlsruhe** an seinem Regierungs-Jubiläum aussprechen zu wollen. Daraufhin erfolgte folgende vom Oberbürgermeister Herrn Lauter zur Kenntniß der Einwohnerschaft von Karlsruhe gebrachte Antwort-Depesche des Großherzogs: „Berlin, Palais, 3. Januar 1886. Herrn Oberbürgermeister Lauter! Die Glückwünsche, welche Sie im Namen der Stadt Karlsruhe mir zur Uebermittelung an Se. Majestät den Kaiser zusandten, habe ich mit Freude Sr. Majestät mitgetheilt und bin nun beauftragt, Ihnen zu sagen, daß der Kaiser diese freundliche Kundgebung der Stadt dankbar erkennt und die ihm dargebrachten Wünsche herzlich erwidert für das Wohlergehen der Stadt Karlsruhe, die ihm so oft schon werthe Gesinnungen bethätigt habe, ganz besonders im vorigen Jahre. Ich bin glücklich, Ihnen diese kaiserliche Antwort für die treue Residenzstadt übermitteln zu können. **Friedrich, Großherzog von Baden.**"

* **Einer römischen** Depesche des Reuter'schen Bureaus zufolge war der vom Papste dem Fürsten Bismarck verliehene **Christus**-Orden von einem eigenhändigen Briefe des Papstes an den Reichskanzler begleitet. Die „Germania" wird bei dieser Gelegenheit gewiß mit Vergnügen bemerken, daß ihre unheilvolle Verkündigung des dem Fürsten Bismarck wegen seiner Kirchenpolitik drohenden Verderbens — qui mange du pape en meurt — doch nicht in einem schrecklichen Umfange, der ihr zartes Gemüth erschüttert hätte, eingetroffen ist.

* **Zur politischen Lage in der Türkei** schreibt man der „Politischen Correspondenz" aus Konstantinopel, 2. Januar:

Die Mobilisirung der türkischen Truppen ist seit ungefähr zwei Wochen im Großen und Ganzen beendet. So lange der Aufmarsch noch im Zuge war, konnte man davon absehen, sich mit dem eigentlichen Ziele einer so großen Machtentfaltung zu beschäftigen; jetzt ist aber die Untersuchung des durch dieses Aufgebot zu erreichenden Zwecks dringend geworden. Sehr erfahrene Politiker schreiben dieser imposanten Mobilisation keine andere Absicht zu als die, den Großmächten die Vitalität der Türkei und den Werth ihrer eventuellen Allianz ad oculos zu demonstriren, den kleinen Balkanstaaten aber in unzweideutiger Weise zu bedeuten zu geben, daß die Türkei entschlossen sei, jeden Angriff auf ihren Besitzstand mit eiserner Hand abzuwehren. Da es nun einmal ein fester Entschluß des Sultans scheint, Ostrumelien nicht zu besetzen, und da Serbien sich kaum neuerdings in das Wagniß eines Krieges, am allerwenigsten mit der Türkei, zu stürzen die Lust haben dürfte, bildet eigentlich nur noch Griechenland eine Drohung. In militärischen Kreisen der Türkei wird denn auch ziemlich ungestüm verlangt, daß man an Griechenland ein Ultimatum richte, seine Truppen von der Grenze zurückzuziehen.

Es giebt in allen Ländern eine actionslustige Militairpartei, und so darf man sich nicht wundern, daß es auch türkische Generale giebt, die sehr gerüsten wären, wenn es irgendwo zum Kampfe käme; nichts berechtigt aber die Vermuthung, daß der Sultan sich von seiner besonnenen Politik im Geringsten werde abdrängen lassen. Er hat Said Pascha als Großvezier entlassen, weil Letzterer zu sehr zur militairischen Action neigte, und er hat ebenso unerschütterlich jene Stimmen im jetzigen Ministerium niedergehalten, die ab und zu einige Anwandlungen der Kriegslust zeigten und seine Rathschläge in dieser Richtung ertheilten. Man kann daher sagen, daß die letzte Politik der Türkei, welche das Land vor großen Gefahren gerettet hat, einzig und allein das Werk und Verdienst des Sultans ist, und die gesammte Diplomatie ist darüber einig, daß der Souverain bei dieser Gelegenheit ein sehr großes Geschick an den Tag gelegt und die Machtstellung der Türkei, welche sehr in den Hintergrund getreten war, bedeutend aufgerichtet habe. Kein diplomatischer Einfluß würde heute die Türkei hindern können oder wollen, jeden Fall ihres Gebietes zu vertheidigen. Selbst wenn sie, wie es mehr und mehr den Anschein hat, eine Union Ostrumeliens und Bulgariens zugeben sollte, wird sie es wegen der politischen Vortheile thun, die sie von einer Annäherung an Bulgarien für sich erwartet, weil eben der Sultan der Ueberzeugung ist, daß ein verstärktes Bulgarien am Balkanbunde nicht rütteln und anbrennen in der Lage sein werde, zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe in den Balkanregionen erheblich mitzuwirken. Man darf es also als zweifellos ansehen, daß die Politik der Türkei in der bisherigen Bahn vertheidigt wird, in der Bahn des Einverständnisses mit den Großmächten, der Vermeidung jeder einseitigen Action und des Bestrebens, ohne eigensinniges Anklammern an bestehende Formen jene Elemente so viel als thunlich zu beschwichtigen, welche nicht nur ihre eigene Existenz, sondern auch den Weltfrieden bedrohen.

Der dunkle Punct bleibt, wie gesagt, Griechenland. In griechischen Kreisen circulirt ein Gerücht, daß Kiamil Pascha dem Sultan den Rath ertheilt habe, irgend eine leichte Concession an Griechenland zu machen. Dieses Gerücht ist absolut falsch, und was den Sultan betrifft, so wissen selber Eingeweihte, daß er Griechenland gegenüber zu dem starrsten und zu einem unbeugbaren Non possumus entschlossen ist. Dies ist namentlich dem diplomatischen Corps kein Geheimniß, und so ist es eine durchaus falsche und erfundene Behauptung, daß die deutsche und englische Botschaft der ottomanischen Regierung ingleichen nahegelegt hätten, daß eine dauernde Beruhigung der Balkanhalbinsel nur durch eine Territorialcession an Griechenland erreicht werden könne. Diejenigen, die dies verbreiten, vergessen ganz, daß Lord Salisbury in seiner Rede in Guildhall die griechische und serbische Bewegung sehr ablehnend kritisirt hat, und was Sir W. White betrifft, so hat er sich hier stets große Mühe gegeben, alle Illusionen dieser Art unter den Griechen zu verscheuchen. Die griechische Actionspartei ist hier sehr stark vertreten und ihre wichtigsten hiesigen Vertreter hatten wiederholte Unterredungen mit Sir W. White, in denen der Letztere stets auf das Entschiedenste deren Wahn bekämpfte, daß die jetzige Complication mit irgend einer Territorialcession an Serbien abschließen werde, was in den Augen der Griechen sie moralisch zu einem ähnlichen Anspruche berechtigen würde. Ebenso wenig ermuthigt Deutschland die griechischen Erwartungen auch nur im Mindesten. Die Hoffnungen der Griechen gehen zur Zeit dahin, daß eine neue Conferenz oder gar ein Congreß sich zur definitiven Lösung der Balkanfrage versammeln dürfte, und daß dieses Concil sich durch die kriegerischen Demonstrationen Griechenlands genöthigt sehen dürfte, auch dem Hellenismus Zugeständnisse zu machen. Die Griechen verfolgen daher mit großer Aengstlichkeit die Frage, ob die serbisch-bulgarischen Friedensunterhandlungen in Belgrad, Sofia, Konstantinopel oder anderwärts stattfinden werden.

Mehrfache Anzeichen sprechen dafür, daß auch Montenegro ängstlich über den Ausgang der Ereignisse wacht. In türkischen Kreisen wird behauptet, daß eine große Anzahl von montenegrinischen Flüchtlingen nach Serbien gegangen sei; dies wird aber von Herrn Sahic, dem hiesigen montenegrinischen chargé d'affaires, in Abrede gestellt.

* **Ueber die bei der Ankunft des Königs Milan** in Belgrad an ihn gerichtete Anrede des Belgrader Gemeinderathes und die Erwiderung des Königs gehen uns nachstehende genauere Mittheilungen aus Belgrad zu: „Als Sprecher des Gemeinderathes fungirte der Exprivatier Alexa Ilic. Derselbe gab der Loyalität der Belgrader Bürgerschaft Ausdruck, welche ihren ritterlichen und geliebten König mit stets gleicher Begeisterung begrüße, weil sie überzeugt sei, daß er zu jeder Zeit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als oberster Hüter des serbischen Staatswesens die Interessen Serbiens und dessen geschichtlichen Beruf mit stets unverminderter Energie geschützt habe und schützen werde. Der König werde die treue Bürgerschaft Belgrads stets auf seiner Seite finden und könne auf deren Opferwilligkeit mit voller Bestimmtheit rechnen. König Milan erwiderte mit sichtlicher Rührung auf die mit enthusiastischen Zivios aufgenommene Ansprache zunächst mit dem Ausdrucke seines Dankes für diese Gesinnungen seiner jederzeit getreuen Belgrader Bürgerschaft. Die politische Lage Serbiens auf der Balkanhalbinsel sei so geartet, daß der serbische Monarch in kurzer Zeit wiederholt an den Patriotismus des Volkes zu appelliren hatte. Wie immer, ist die serbische Nation auch diesmal dem Rufe mit Treue und mit Begeisterung für das Staatsinteresse und die Zukunft Serbiens gefolgt. Allen voran hat sich die Belgrader Bürgerschaft durch Opferwilligkeit hervorgethan. Der König ist überzeugt, daß Belgrad auch fortan im Patriotismus voranschreiten werde, wann immer es gilt, die vitalen Interessen Serbiens, sei es mit den Waffen oder der Feder in der Hand, zu schützen; er wird die Fahne der Obrenovic immer hoch halten als Serbe und als König und erwarte von seinen treuen Belgradern die in der gegenwärtigen Zeit so nothwendige Ausdauer, Opferwilligkeit und Weisheit, sowie festes Ausharren auf dem betretenen Wege, damit das Ansehen Serbiens gewahrt bleibe. — Die Worte des Königs wurden enthusiastisch aufgenommen. Unter Absingung der serbischen Nationalhymne durch den Belgrader Gesangverein verließ der König mit der Königin am Arme den Perron unter lauten Ziviorufen."

* Man schreibt uns aus Brüssel vom 5. Januar: „In Gent ist es im Laufe des gestrigen Tages zu leichten Ruhestörungen gekommen. Seit mehreren Tagen streiken 400—500 Arbeiter der großen Spinnerei Parmentier wegen einer Lohnherabsetzung. Die Arbeitseinstellung war zuletzt fast allgemein geworden, so daß die Firma in den Zeitungen erklären ließ, sie sei zu völliger Schließung ihrer Werkstätten gezwungen. Als gestern Morgen 8 Uhr einige Arbeiter sich wieder einstellten, wurden sie von den Streikenden mit Pfeifen, dem Gesang der Marseillaise und des socialistischen „Weg met dat dievenrus" (Weg mit der Diebsbande) empfangen. Die Polizei zerstreute den Haufen, der sich indessen sehr bald vor dem Hause des socialistischen Vereins „Vooruit" von Neuem sammelte und lärmend die Straßen durchzog. Vor dem Hotel des Barons de Hemptinne, des bedeutendsten Spinnereibesitzers der Stadt und des Landes, wurde gegen 4 Uhr Nachmittag eine Katzenmusik veranstaltet, und das Singen und Johlen in den Straßen des Arbeiterviertels dauerte bis zum späten Abend. Polizei und Gendarmerie waren auf den Beinen; es sind aber ernsthafte Auftritte glücklicherweise nicht zu verzeichnen gewesen."

* **Der Sessionseröffnung des neuen englischen Parlaments**, welche bekanntlich auf den 12. d. anberaumt ist, wird von den politischen Parteien wie von der öffentlichen Meinung des Vereinigten Königreichs in höchstgradiger Spannung entgegengesehen. Man sagt sich, oder man ahnt doch, daß der insulare Parlamentarismus auf eine ganz neue Probe seiner Lebensfähigkeit gestellt werden wird, von deren Ausfall Vieles, ja vielleicht das Meiste für die künftige innere Entwickelung des britischen Gemeinwesens abhängen dürfte. In der Vergangenheit haben sich die parlamentarischen Institutionen Alt-Englands als ein durchaus zweckdienliches Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Kräfte, zur Regulirung des Verhältnisses zwischen dem beschleunigenden und dem hemmenden Princip, zur Erhaltung und continuirlichen Fortsetzung der Traditionen des englischen Staatsbegriffs, nicht minder auch zur Pflege aller bedeutenden Interessen der Nation erwiesen. Aber die letzten Jahre haben mit dem Glauben an die allvermögende Leistungsfähigkeit des englischen Parlamentarismus bedenklich aufgeräumt, und zwar in demselben Maße, als neben den alten geschichtlichen Parteien und Anschauungsformen neue Ideen, neue Organisationen emporwuchsen, besonders aber, seitdem der schottische Radicalismus und das irische Homerulerthum sich ihre Geltung als parlamentarische Machtfactoren in zähem, unermüdlichem Ringen erstritten haben. Die Homogenität der Whig- und der Torypartei ist dahin und mit ihr der Nimbus der altenglischen Erbweisheit. Zudem entfremden sich auch in England die öffentlichen Probleme mehr und mehr dem Begriff der reinen Politik, der „Politik an sich", und gleiten auf das sociale Gebiet hinüber, wo ihnen die Programme der neuen Parteien besser zusagen. Gleichwohl steckt der Umbildungsproceß der britischen Volksseele noch so tief in dem ältesten Anfangsstadium, daß seine Weiterentwickelung sich mit auch nur annähernder Deutlichkeit einstweilen noch durchaus nicht überleben läßt. Man kann nicht einmal angeben, wie sich die Aussichten der nächsten Zukunft gestalten werden, ob das Cabinet Salisbury, mehr durch die zwingende Logik der Ereignisse, als durch den parlamentarischen Brauch — welch letzterer die Regierungsübernahme seitens des Herrn Gladstone verlangt — gestützt, die Leitung der Geschäfte fortführen werde oder nicht. Denn die Entscheidung der parlamentarischen Schicksale liegt nicht mehr in englischen, sondern in irischen Händen.

* **Im Senate der Vereinigten Staaten von Amerika** brachte am 20. v. M. der Senator Best in Betreff der Keiley-Angelegenheit eine Resolution ein, welche den Senat auffordert, die Zustimmung zu der von der Regierung eingenommenen Haltung auszusprechen und dies, wie folgt, begründet:

„Die Verfassung der Vereinigten Staaten bestimmt, daß die Religionsfrage mit der Qualification eines Bürgers der Vereinigten Staaten für irgend ein Amt oder für eine Vertrauensstellung gar nichts zu thun habe, und obwohl das Volk der Vereinigten Staaten aufrichtig wünscht, freundschaftliche Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn und allen anderen Ländern zu erhalten, so kann es doch keiner fremden Regierung das Recht einräumen, irgend einen Bürger dieses Landes auf Grund seines Glaubensbekenntnisses oder desjenigen seiner Familie als ungeeignet für ein Amt zu bezeichnen."

Best sprach sich sehr lobend über die Haltung des Secretairs Bayard in der Keiley-Angelegenheit aus und beantragte die Verweisung der Resolution an das Comité für auswärtige Angelegenheiten, was angenommen wurde. Plumb meinte, der Vorfall habe wieder einmal bewiesen, daß unser ganzer diplomatischer Dienst nutzlos sei, und werde hoffentlich dazu dienen, daß derselbe abgeschafft werde. Er tadelte Keiley wegen der unvorsichtigen Aeußerungen, die er nach seiner Ernennung für Rom habe fallen lassen und die ihm (Plumb) den Beweis geliefert haben, daß Keiley keine geeignete Persönlichkeit für einen Gesandtenposten sei.

* In der Chicagoer „Neuen Freien Presse" wird mit Herrn Eugen Richter scharf ins Gericht gegangen, weil derselbe „wiederholt mehr oder weniger deutlich zu verstehen gegeben, daß Journalisten, welche in dem Streite Richter gegen Bismarck für Letzteren Partei nehmen könnten, nothwendig erkaufte Creaturen sein müßten", und hiervon nicht einmal die amerikanische Presse ausgenommen erachtete. Nach einer stellenweise sehr kernigen und persönlich zugespitzten Zurückweisung einer solchen Voraussetzung schließt das amerikanische Blatt folgendermaßen: „Uns lassen diese kleinlichen Verdächtigungen sehr kalt. Wir glauben nicht, daß in der deutsch-amerikanischen Presse eine Zeitung besteht, welche die deutsche Regierung anbetteln würde, und wenn hier ein derartiges Schnorr Organ existirt, welches von einer auswärtigen Regierung Almosen annimmt, dann sollte es an den Pranger gestellt werden. Aber wir sehen mit Vergnügen, daß das deutsche Volk immer größere Mehrheiten für die zielbewußte Politik der Regierung abgiebt und daß die Zahl der sogenannten „Freisinnigen" immer mehr zusammenschrumpft. Diese Erscheinung sollte doch einem so einsichtigen Politikanten wie Richter es klar machen, daß seine Politik der Opposition um jeden Preis und der Verdächtigung den Bankerott seiner Partei zur Folge haben muß. Oder sind am Ende die Wähler auch alle aus dem Reptilienfonds der Regierung besoldet?"

* Nach der „Frankfurter Zeitung" aus Seul in Korea zugehenden Nachrichten steht es außer Zweifel, daß v. Möllendorff es verstanden hat, trotz aller Intriguen seiner Gegner sich in seiner einflußreichen Stellung als Vertrauensmann des Königs zu behaupten.

* **Aus Australien kommen Klagen über den schlechten** Gang der Geschäfte und die in diesem Jahre wieder einmal abnorme Dürre im Innern des Landes. Seit Monaten kein Regen, das Gras verdorrt und ist von der Gluthhitze verbrannt, das Vieh stirbt zu Tausenden, und Mancher, der noch vor einem Jahre als ein reicher Mann galt, hat, wie aus Sidney geschrieben wird, Hunderttausende verloren und ist heute ein